

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung vom 10. Januar.

Der Präsident v. Jordanbeck eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Minuten.

Nach anderen geschäftlichen Mittheilungen, Urlaubs-
gesuchen, wird ein Schreiben des Abg. v. Schel-
leschen verlesen, welcher definitiv zum Kurator der Universität
Kiel ernannt worden und dem Hause die Entscheidung
darüber anheim giebt, ob diese Ernennung auf die Fort-
dauer seines Mandats von Einfluss sei. — Das Schrei-
ben geht an die Geschäftsordnungs-Kommission.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Fort-
setzung der Vorberatung über die Kreisordnung.

§. 20 handelt von der Zusammensetzung des
Gemeinde-Vorstandes (Vorsitzer und zwei Schöffen);
derselbe wird ohne jede Diskussion unverändert ange-
nommen.

Der §. 21 bestimmt, daß dieser Vorstand von
der Gemeindeversammlung, bez. Vertretung aus der
Zahl der stimmberechtigten Gemeindeglieder durch ab-
solute Stimmenmehrheit gewählt werde. Hierzu sind
mehrere Amendements eingereicht, deren eins, dasjenige
des Herrn Mitsche-Collande vorschlägt, die Güterbesitzer
an der Wahl Theil nehmen zu lassen; während Frei-
herr v. d. Red diese Wahl durch die Ernennung auf
6 Jahre seitens des Landraths auf Gutachten des
Amtshauptmanns und nach Anhörung der Gemeinde-
versammlung ersetzen will.

Abg. v. Hoyerbeck endlich will diesem §. 21
einen neuen anreihen, welcher festsetzt, daß jeder groß-
jährige Mann, der im Vollbesitze der bürgerlichen Rechte
ist und zu den Gemeindefürsorgen beiträgt, stimmberechtigtes
Gemeindeglied ist. Nach dem Vorschlage des Abg.
v. Mitsche-Collande genügt übrigens die Stimmberech-
tigung nicht, sondern das Mitglied muß auch ange-
sehen sein.

Abg. v. d. Red hält seinen Antrag aus prakti-
schen wie aus prinzipiellen Gründen für empfehlenswerth.
Er wirt hierbei dem Minister des Innern in Bezug
auf den §. 21 der Vorlage republikanische Tendenzen
vor, nennt den Paragraphen ein Janusgesicht, spricht
von einem hinteren Janusgesicht, die Wahl sei sehr un-
bequem etc.

Freiherr v. Hoyerbeck widerlegt diese Argumente
und behauptet nochmals, daß man an die Herrichtung
einer Kreisordnung gehe, ohne vorher die Landgemein-
deordnung festgesetzt zu haben. Da dies einmal sei, so
müsse eine seinem Amendement entsprechende Bestimmung
im Gesetze getroffen werden.

Abg. v. Mitsche-Collande hält das Trennen
der Güterbesitzer von der Gemeinde für fehlerhaft und
geizig, die Lasten der Gemeinde zu vermehren, die
ohnedies täglich wachsen, so jetzt noch wieder durch die
Aufhebung der Postfreiheit.

Abg. v. Hennig empfiehlt Ablehnung aller Amen-
dements und Annahme des §. 21 nach der Vorlage.
Der Antrag Hoyerbeck nehme das Prinzip der Gemeinde-
verwaltung hier bei der Kreisordnung vorweg, das
Amendement Red strebe nach bürokratischen Zuständen,
als die jetzigen es sind; das Amendement Mitsche be-
ruhe auf falscher Basis. Der nicht zu den Gemeindefür-
sorgen beitrage, könne nicht mitwählen, und es sei auch
die Beschränkung der Angehörigkeit nicht verständlich.

Der Regierungs-Kommissar Perjus schließt sich
im Wesentlichen den Ausführungen des Abg. v. Hen-
nig an.

Abg. v. Behr wünscht, daß der Schluß durch
den Kreisaußschuß nach Anhörung der Kreisordnung
ernannt werden soll.

An der ferneren Diskussion betheiligen sich noch
die Abgg. Solger und Birchow, der das auch
hier von Herrn v. Hoyerbeck angestrebte allgemein:
Stimmrecht mit seinen Beschränkungen für durchaus
nicht so gefährlich hält, wie dies Herrn Solger erscheint,
und in dem §. 21 der Vorlage eine große Ungerech-
tigkeit sieht.

Der Minister des Innern antwortet dem Vor-
redner, daß, wenn es staatsmännisch sei, über einen
Komplex von Gesetzen seine Gedanken zu haben, es
auch manchmal staatsmännisch sei, diese Gedanken nicht
auszusprechen. Je schneller die Kreisordnung fertig
sei, desto schneller komme man zu der Gemeinde-
ordnung.

Diesem Plaidoyer schließt sich Abg. v. Hennig
nicht an; man könne in dieses Gesetz Grundlagen für
andere Gesetze nicht hineinsetzen, sonst gehe das all-
gemeine Wahlrecht auch hinein.

Abg. Birchow hält solches Hineinlegen von
Punkten, die für die spätere Gesetzgebung maßgebend
sein sollen, für bedenklich. Damit schaffe man Stütz-
punkte, aber nichts Dauerndes für den Staat. Ein
solches Stückweises Regieren beruhe auf dem gefährlichen
Prinzip des jeweiligen persönlichen Interesses des Mi-
nisters.

Die Diskussion ist geschlossen. Bei der Abstim-
mung werden die Amendements sämmtlich abgelehnt,

§. 21 unverändert nach der Regierungsvorlage ange-
nommen.

§. 22 setzt fest, daß die Wahl auf 6 Jahre er-
folgt; nach dreijähriger Dienstzeit können die Vorsteher
auf 12 Jahre oder auf Lebenszeit gewählt werden.
Hierzu haben die Abgg. v. Hennig, Wachler, v. Brauch-
schisch (Elbing) Amendements gestellt.

Abg. Wachler will auch, daß die Wahl auf
6 Jahre erfolge; die Wiederwahl auf 12 Jahre, „oder
auf Lebenszeit“, wie Herr v. Brauchschisch hinzugefügt
haben will, soll aber erst nach Ablauf der Amtsperiode
erfolgen.

Abg. v. Hennig empfiehlt die Wahl auf drei
Jahre und Streichung der weiteren Bestimmung über
Wiederwahl; die Wahl auf Lebenszeit habe stets zu
den größten Beschwerden geführt, sei auch in allen Nach-
barstaaten, ja in Betreff Nassaus erst voriges Jahr ab-
geschafft worden.

Abg. Graf Schwerin ist für den Vorschlag des
Vorredners, weist aber auf den Unterschied hin, der
zwischen Landgemeinde und Stadtgemeinde herrscht, und
Abg. Born empfiehlt ebenfalls das Amendement Hen-
nig, während Abg. v. Brauchschisch (Glatow) durch
seine Vertheidigung der Wahl „auf Lebenszeit“ lebhaft
Widerrede seitens der Abgg. Solger, Graf Schwerin,
v. Hennig hervorruft.

Bei der Abstimmung werden alle Amendements
mit Ausnahme desjenigen des Abg. v. Hennig abgelehnt.
Der §. 22 lautet nunmehr: die Wahl der Gemeinde-
vorsteher und Schöffen erfolgt auf 3 Jahre.

Der §. 23 handelt von der Strafe erhöhter Ge-
meindeabgaben für ungerechtfertigte Ablehnung des Vor-
steher- oder Schöffenamtes. Derselbe wird mit den
vom Abg. v. Hennig vorgeschlagenen Modifikationen
angenommen.

Zu §. 24 (Bestätigung des Vorstandes) sind eben-
falls mehrere Amendements gestellt und die Diskussion
beschränkt sich auf die Motivierung derselben.

Abg. v. Hennig will, daß die Bestätigung nicht
vom Landrathe, sondern vom Kreisaußschuß erfolge und
nur verweigert werden kann, wenn der Gewählte sich nicht
im Vollbesitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, wenn
er wegen Krankheit die Geschäfte nicht ordnungsmäßig
zu führen oder wenn er nicht befähigt ist. Verjagt
der Ausschuß die Wahl, so muß die Gemeinde binnen
4 Wochen Neuwahlen vollziehen; wird die Bestätigung
wiederholt verjagt, so ernewert der Kreis-Ausschuß auf
Vorschlag des Amtshauptmanns einen Stellvertreter auf
so lange, bis eine erneute Wahl die Bestätigung erlangt
hat. Die Gründe der Verjagung der Bestätigung sind
der Gemeinde schriftlich mitzutheilen.

Dieses Amendement geht dem Abg. v. Kardorf
zu weit; Regierungs-Kommissar Perjus zieht die
Amendements Wachler (Vochum) den Amendements
v. Hennig und Kardorf vor. Eine lange Diskussion,
während welcher einzelne Amendements von den Antrag-
stellern selbst modifizirt werden und Graf Bismarck im
Hause erschienen ist, entspinnt sich über diese Bestim-
mungen.

Bei der Abstimmung wird zunächst ein Unter-
amendement Wagener (Frankfurt) zu dem Amendement
v. Hennig, in Nr. 3 der Verjagungsgründe anstatt:
wenn er nicht die zur Leitung der Geschäfte genügenden
Kenntnisse besitzt, zu sagen: genügende Befähigung, mit
135 gegen 125 Stimmen abgelehnt, dann das Amen-
dement Hennig mit 132 gegen 126 Stimmen bei der
Zählung angenommen; es erfolgt Namensaufruf. Vor
Beginn desselben legt Graf Bismarck in Folge Aller-
höchster Ermächtigung vom 5. d. M. als Minister der
auswärtigen Angelegenheiten einen im vorigen Monat
mit der Stadt Bremen abgeschlossenen Vertrag wegen
Abtretung von etwa 140 Morgen unbewohnter Grund-
stücke zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vor. Diese
Abtretungen sind zur Entwicklung Bremerhavens be-
stimmt und es ist die Regierung hierbei von dem Ge-
danken geleitet worden, der ihre ganze Bundespolitik
bestimmt und in dem Bestreben wurzelt, den einzelnen
Bundesstaaten die Vortheile der Zusammengehörigkeit
darzulegen, und sie von den Hemmnissen zu befreien,
welche ihrer Entwicklung die frühere Zerrissenheit be-
reitet hatte. Es handelt sich hier um unbewohnte Grund-
stücke, der Vertrag sieht alle Eventualitäten vor und
dürfte wesentliche Anfechtungen nicht erfahren, weshalb
es sich empfehlen würde, denselben durch Schlußbera-
thung zu erledigen. — Der Antrag auf Schlußbera-
thung wird acceptirt.

Beim Namensaufruf wird das Amendement von
Hennig mit 134 gegen 127 Stimmen angenommen;
damit sind alle Amendements und der §. 24 gefallen.

Die Sitzung wird um 3 Uhr 25 Minuten ge-
schlossen. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tages-
Ordnung: Kreisordnung.

Deutschland.

□ Berlin, 9. Januar. Nachdem die Ge-
sandten Preußens an den süddeutschen Höfen zugleich
als Gesandte des norddeutschen Bundes akkreditirt wor-

den waren, erhoben sich in der „Augsb. Allg. Ztg.“
und andern süddeutschen Blättern partikularistische Stim-
men, welche in dem Vorgange ein Zurückweichen Preu-
sens von seinem deutschen Programme erkennen woll-
ten. Bisher, wurde argumentirt, seien die süddeutschen
Staaten ebenso wie die Staaten des norddeutschen
Bundes behandelt worden. Während in den außer-
deutschen Staaten Bundesgesandte fungirten, wären in
Bavern, Württemberg und Baden nur preussische Ge-
sandte, ebenso wie in Sachsen u. s. w. akkreditirt ge-
wesen. Es wäre daher in der Ernennung der Bun-
desgesandten an den süddeutschen Höfen eine Anerken-
nung der Selbstständigkeit der süddeutschen Staaten zu
finden. Hierbei ist darauf hinzuweisen, daß es zunächst
einer solchen Anerkennung nicht bedurft hat, da Preu-
ßen nur mit selbstständigen Staaten Verträge abschließt,
Verträge aber mit süddeutschen Staaten zu verschiedenen
Malen abgeschlossen worden sind, u. A. die Friedens-
verträge, die Militärverträge, die Zoll- und die Juris-
diktionsverträge. Dann ist die Ernennung der preußi-
schen zu Bundesgesandten an den süddeutschen Höfen
vor Allem eine Folge des Uebergangs des Ministeriums
des Auswärtigen auf den Bund und der damit verän-
derten Staatsverhältnisse. Aus den betreffenden partiku-
laristischen Aeußerungen scheint überhaupt weniger die
Ueberzeugung, resp. die Freude über das angelegte Zu-
rückweichen Preußens von seinem deutschen Programm,
als der Aergern herauszusehen, daß Preußen sich in der
Lösung seiner nationalen Aufgabe nicht überstürzt und
daß es, in der festen Ueberzeugung, daß die deutsche
Entwicklung in ihrem Lauf durch nichts kann aufge-
halten werden, ruhig die Schritte abwartet, die von den
süddeutschen Staaten selbst in der Einigungsfrage wer-
den gehen werden. — Daß die westlichen und anti-
nationalen Agitationen immer mehr an Boden ver-
lieren, beweist auch das Schicksal der von Herrn Frese
redigirten „demokratischen Korrespondenz.“ Herr Frese
hat nämlich die Redaktion derselben niedergelegt und
der Fortbestand dieses antideutschen Organs ist stark in
Frage gestellt. Wenn der preussische Politik von anti-
nationaler Seite oft nachgesagt worden ist, daß sie in
der Stagnation oder im Zurückweichen begriffen sei, so
muß ihr im Angesicht solcher Thatfachen nachgerühmt
werden, daß sie dann wenigstens negative Erfolge hat.

Die Bestimmung des Ministeriums Müller ist als
ein großer staatsmännischer Akt des Kaisers Napoleon
anzuerkennen. Die Zusammenziehung des neuen Mini-
steriums findet nicht nur in den meisten französischen,
sondern selbst in den liberalen deutschen Blättern Beifall.
Diese Zusammenziehung bürgt zugleich dafür, daß
das Ministerium die Majorität im legislativen Körper
haben wird, wenn die Abgeordneten ihrem Programm
treu bleiben und im Interesse der konstitutionellen Re-
gierung wirken. Wenn sie das nicht thun und persön-
liche oder andere Zwecke verfolgen, so wird es ihre
eigene Schuld sein, wenn das System der konstitutionellen
Regierung nicht zur Ausführung gelangt und der Kaiser
Napoleon zu seiner alten Politik zurückkehrt. — Ueber
den Antheil, den Graf Bismarck an den preussischen
Staatsgeschäften nimmt, wird in den Zeitungen noch
immer viel geschrieben und gemurmelt. Die jüngste
Theilnahme des Grafen an den Beratungen des Staats-
ministeriums beweise indessen, daß derselbe die Oberlei-
tung der preussischen Staatsgeschäfte wieder in die Hand
genommen hat, wenn auch bemerkt werden muß, daß
ein Beschluß darüber noch nicht kundgegeben worden ist,
daß sein Urlaub zu Ende sei. Er wird sich daher der
Oberleitung der preussischen Staats-Angelegenheiten nicht
entziehen, dagegen erweisen, wie weit es im Interesse
seiner Gesundheit notwendig ist, sich frei von den for-
mellen Geschäften des Vorstehers zu machen, ebenso wie
er auch von den formellen Geschäften der Verwaltung
des Bundeswesens befreit ist. — Von einzelnen Seiten
wird versucht, den verschiedenen Ministern verschiedene
Ansichten oder verschiedene Stellungen zur Kreisordnung
zuzuschreiben. Diese Behauptung ist indessen irrtümlich
oder tendenziöser Natur. Es kann vielmehr wie-
derholt versichert werden, daß in allen Theilen der Re-
gierung der Wunsch besteht, daß die Kreisordnung so
schleunig als möglich zur Durchberathung gelange, da-
mit sie in dieser Session zum legislativen Abschluß kom-
men und das Reformwerk so bald als möglich ins
Leben treten könne. — Die liberale Partei fängt an,
sich mit der Revision des Pressegesetzes zu beschäftigen.
Es lohnt der Mühe, an einem Beispiel auf die Taktik
hinzuweisen, welche die liberalen Organe bei der Be-
handlung dieser Frage einschlagen. Ein liberaler Ber-
liner Korrespondent der „Magdeb. Ztg.“, der aus ge-
wissen Gründen eine besondere Amsiosität gegen die
Regierung speziell gegen den Minister des Innern Gra-
fen Eulenburg zeigt, schlägt jetzt scheinbar in das Ge-
gentheil um, zeigt das größte Vertrauen in die Absich-
ten des Grafen Eulenburg und hegt von dessen Presse-
gesetz die besten Erwartungen. Es ist dies entweder
ein plumper Anlauf, den Minister Graf Eulenburg zu
gewinnen oder eine jesuitische Taktik, um das Mißlin-
gen des Reformwerks vorzubereiten. Es scheint mehr

das Zweite der Fall zu sein, da von dem Korrespon-
denten Forderungen gestellt werden, die ganz unerfüllbar
sind. So verlangt der Korrespondent, daß der Kam-
mer ein solcher Pressegesetz-Entwurf vorgelegt werden
solle, der ohne Aenderung von der Kammer angenom-
men werden könne. Der Non sens dieser Forderung
wird schon dadurch klar, daß es gar nicht in der Macht
des Ministers liegt, Aenderungsversuche zu besorgen,
und daß Aenderungen am allerwenigsten in dem gegen-
wärtigen Abgeordnetenhaus ausbleiben könnten, wo
keine Fraktion über die Mehrheit gebietet und wo selbst
in den liberalen Fraktionen die Meinungen über gewisse
Fragen weit auseinander gehen. Was das Herrenhaus
zu den Projekten des Herrn Korrespondenten sagen
würde, bleibe dabei unerörtert. Das Mandat des
Korrespondenten scheint jedenfalls dahin zu gehen, später
zu insinuiren, daß die liberale Partei dem Ministerium
mit Vertrauen entgegen gekommen ist, der Minister aber
dies Vertrauen nicht gerechtfertigt hat, daß daher die
Schuld des Nichtzustandekommens des Gesetzes an der
Regierung liege. Die Regierung hätte dann aber nur
eben etwas nicht erfüllt, was nicht erfüllbar ist.

Berlin, 10. Januar. Se. Majestät der König,
dessen Wiederherstellung fortgeschritten, nahm am Sonntag
vormittags einige Vorträge entgegen, empfing den Kom-
mandeur des Königs-Husaren-Regiments Nr. 7, Flü-
geladjutant Oberst v. Leß, zur Verabschiedung vor sei-
ner Abreise nach Rom und hatte Mittags eine Unter-
redung mit dem Kronprinzen. Die Nachmittagsstunden
brachte der König im Arbeitszimmer zu und spazirte dann
allein. Die Mitglieder der königlichen Familie begaben
sich nach einer Spazierfahrt zum Prinzen Anstalt von
Württemberg und nahmen dort mit anderen Fürstlichen
Personen und dem Gesolge das Diner ein. Gestern
vormittags ließ sich der König von den Hofmarschällen
Grafen Pückler und Perchow, dem Geh. Hofrath von
Vortrag halten, arbeitete dann mit dem Civilkabinett und
konferirte Nachmittags mit dem Ministerpräsidenten Graf
Bismarck. — Im Königl. Palais finden während der
Wintermonate an jedem Donnerstag Abend-Unterhaltun-
gen statt, die auch diesmal wieder in französischen Thea-
ter-Vorstellungen, Musik und Gesang-Vorträgen bestehen
werden. Den musikalischen Theil leitet, wie bisher, der
Hofkapellmeister Taubert.

Königsberg i. Pr., 10. Januar. Si-
cherem Vermuthen nach ist die Konzession zur Fort-
setzung der ostpreussischen Südbahn über Bialystock nach
Brest Litewski vom russischen Kaiser nunmehr erteilt
worden.

Hannover, 9. Januar. (B. P. C.) Wie
aus Wien verlautet, herrscht am Hofe zu Hiesing ziem-
lich große Niedergeschlagenheit. Seit nunmehr über
drei Jahren hat man von dort aus die kolossalsten An-
strebungen gemacht, um durch ein großartig angelegtes
System die öffentliche Meinung zu korrumpiren, — hat
man Millionen verschwendet, um einen Phantom nach-
zujagen, und welcher Erfolge ward diesem Allem zu
Theil? Bis jetzt, nachdem 3 1/2 Jahre für die Deposse-
diren vergangen sind unter fortwährenden Agitationen,
hat man so wenig erreicht, daß selbst die schlimmsten
Schwarzseher am Hiesinger Hofe ihre Befürchtungen
übertrieben haben. Die Welsenlegion hat bekanntlich
Ziastock gemacht, trotz der enormen Summen, welche
darauf verwendet wurden. Die von Hiesing aus un-
terhaltenen Organe, welche die öffentliche Meinung be-
arbeiteten, fanden so wenig Anhang, daß sie nur mit
den größten Opfern unterhalten werden konnten, und die
zungenfertigen Redner für die Zustände von vor 1866
sanden so wenig Hörer, daß ihr Ruf ohne die geringste
Wirkung verhallte. Dagegen wurden Preußen und der
norddeutsche Bund eher mehr gekräftigt als geschwächt
durch die gegnerischen Manipulationen, denn es zeigte
sich die ganze Schwäche der Gegner der deutschen Ein-
heit. Wenn trotz der Fruchtlosigkeit ihrer Agitationen
dieselben schärfer hervortreten, so zeigt dies nur, daß
dieser, welche zur Durchführung der alten Zustände
thätig, von ihrer Schwäche selbst überzeugt sind, denn je
schwächer der Kämpfer ist, desto schärfere Waffen wird
er führen. Wir begegnen fast täglich der gebührenden
Anfeindungen seitens der partikularistischen Presse, ohne
daß wir darüber zürnen könnten, denn ihre Wirkungen
sind bedeutungslos zu nennen. Von der Unfruchtbar-
keit aller dieser Unternehmungen scheint man aber jetzt
auch in Hiesing überzeugt zu werden, denn wie man von
dort aus hört, soll der Hiesinger Hof auf indirektem
Wege beim neuen Gesandten des norddeutschen Bundes
in Wien leise anfragen lassen, unter welchen Bedin-
gungen die preussische Regierung sich bereit finden lassen
würde, nicht nur die Beschlagnahme-Maßregel zurück-
zunehmen, sondern auch vielleicht noch sonstige Konzessionen
zu machen. — Vor einigen Tagen hat die Ber-
lin-Posdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft in Ver-
bindung mit der bergisch-märkischen Bahn der braun-
schweigischen Regierung eine dritte Proposition gemacht.
Die vereinigten Gesellschaften bieten 11 Mill. Thaler
mit der Ermächtigung, eine Aktien-Gesellschaft zu bilden
und 12 Millionen dafür auszugeben. Dies Gebot ist

demnach eine Million höher als das der Darmstädter Bank und um 1/2 Million geringer als das des Dr. Strousberg. Falls nun das Votum des Landtages ebenso ausfiele wie das seiner Kommission, sehe sich die Braunschweiger Regierung genötigt, auf's Neue mit diesen drei Reflektanten in Unterhandlung treten zu müssen, falls der Landtag die Regierung nicht ermächtigte, den Vertrag mit dem Meißelbütenden abzuschließen.

Schwerin, 10. Januar. Die Regierung hat anlässlich der ständischen Erklärung über die Annahme der Renterei-Anweisungen ein scharfes Reskript an die Stände gerichtet, worin das beanspruchte Recht der Mitwirkung bei der Emission des landesherrlichen Papiergeldes bestritten wird.

Karlsruhe, 9. Januar. Die Zusammenkunft süddeutscher Abgeordneter der national-liberalen Partei hat heute stattgefunden. Es waren 50 badische, 20 württembergische und 7 heßische Abgeordnete anwesend.

— 10. Januar. Gutem Vernehmen nach wird der Ausschuss der süddeutschen Nationalliberalen seine Thätigkeit damit beginnen, die bayerischen Gesinnungsgenossen zum Beitritt aufzufordern.

Ausland.

Wien, 9. Januar. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, ist die Mittheilung des „Gaulois“ von einem Handschreiben des Kaisers Franz Joseph an den Kaiser Napoleon unbegründet. — Nach dem gestrigen Verlaufe der Sitzung des Ausschusses hält man die demnächstige Demission der Minorität des Ministeriums für unzweifelhaft.

— 10. Januar. Das „Tageblatt“ meldet: Gestern fand eine Besprechung der deutschen Mitglieder des Ausschusses in Anwesenheit der Majoritätsgruppe des Ministeriums statt. Die Minister verweigerten die Vorlage des von ihnen beim Kaiser eingereichten Memorandums und bezeichneten die in dem Memorandum der Minorität aufgestellte Forderung auf Berufung des Reichsraths ad hoc als eine Art von Verfassungsstörung. Die Minister verhorreiciren keineswegs eine Aenderung der Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege; das Wichtigste sei jedoch die Durchführung der Verfassung. Die Erklärungen der Minister wurden von den Anwesenden mit Befriedigung aufgenommen.

Paris, 9. Januar. Ein ministerielles Reskript vom 8. d. stellt das Recht des Verlaufs aller Journale auf offener Straße definitiv wieder her. — In einer bei David stattgehabten Versammlung der Rechten wurde beschlossen, das Ministerium zu unterstützen.

— In einem gestern Abend zu Montpellier gehaltenen Meeting wurde das Prinzip der Handelsfreiheit nachdrücklich aufrecht erhalten. Es wurden Resolutionen gefasst, welche dahin gehen, daß nach stattgehabter parlamentarischer Untersuchung Modifikationen der Verträge gefordert werden müßten.

— 10. Januar. Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein kaiserliches Dekret vom 9. d. M., die Bestimmungen über die Einführung von Gußeisen betreffend. Dasselbe wird in unverändertem Zustande unter den bisherigen Bestimmungen zugelassen werden, ist dasselbe jedoch schon in Formen zugelassen, so kann es nur unter diesen Bestimmungen eingelassen werden, wenn es zur Ausführung bestimmter Arbeiten aus Gußeisen verwendet werden soll. Eisen und andere Metalle werden nur unter der Bedingung, daß dieselben direkt in die Schmelzhütten zur Verarbeitung gehen, zugelassen. Eisen, das durch Holzspalten gewonnen ist, darf nicht gegen eingeführtes durch Coals erzeugtes Eisen bei der Ausführung kompensirt werden. Import-Kredite sollen nur auf Beschluß der Kommission für Kunst und Gewerbe bewilligt werden.

Ein anderes Dekret vom 9. d. M. verfügt, innerhalb 4 Monaten sollen Gewebe von reiner oder gemischter Baumwolle nach den bisherigen Bestimmungen über temporären Import nicht mehr zugelassen werden.

— Nach Berichten aus Bordeaux hat daselbst zu Gunsten der Handelsmarine ein großes Meeting stattgefunden, bei welchem Poyser Duertier mehrere Stunden unter großem Beifall gegen die Handelsverträge und das Gesetz bezüglich der Freiheit der Flaggen sprach. Latapie und Labat sprachen in ähnlichem Sinne.

— Wie verlautet, hat der Kaiser jetzt beschlossen, den kaiserlichen Prinzen vor der geschlichen Frist nicht für volljährig erklären zu lassen. Die Kaiserin wollte die Volljährigkeitserklärung bei vollendetem 16. Jahre, konnte ihren Willen aber nicht durchsetzen. Dagegen ist ernstlich die Rede davon, dem kaiserlichen Prinzen schon jetzt eine Braut zu suchen.

— Dillon Barrot begab sich vorgestern mit Dillier zum Kaiser. Die Zusammenkunft soll eine herzliche und sehr rührend gewesen sein. Beide hatten sich seit 1851 nicht mehr gesehen. Indef verweigerte Dillon Barrot doch jeden alibien Posten, da er sich für zu alt hält. Doch stellte er seine Person und Rathschläge zur Verfügung des Kaisers.

Paris, 10. Januar. Gehegbe oder Körper. Der Justizminister Dillier hielt bei Beginn der heutigen Sitzung folgende Ansprache: „Das neue Kabinett hält es für seine erste Pflicht, sich mit Ihnen in Verbindung zu setzen. Unsere Doktrinen, unsere Prinzipien, unsere Meinungen und Bestrebungen sind Ihnen bekannt. Wir werden in loyaler Weise alle Fragen mit Ihnen debattiren, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet; für heute genügt es wohl, wenn wir erklären, daß wir im Besitz der Regierungsgewalt dieselben be-

ben werden, die wir waren, ehe wir dahin gelangten. Daß Ministerium wird das von ihm unternommene Werk fortführen. Wir werden mit Beharrlichkeit daran arbeiten, unser Programm zu verwirklichen. Hierzu bedürfen wir des Vertrauens des Souveräns, welcher uns daselbe in großherziger Weise schenkte; wir bedürfen dazu nicht minder des Vertrauens der Kammer. Das Ministerium richtet seine Bitte an die gesammte Kammer. Der Majorität wird daselbe dankbar sein für die Stütze, welche es ihm gewährt, der Opposition aber für die Kritik, welche sie ausüben wird. Sobald andere Männer die Majorität der Kammer gewonnen haben werden, so wird das Ministerium sich beugen, diesen die Last der Geschäfte zu übertragen. Lassen wir alle Beschuldigungen, alle Aeußerungen des Verdauerns schwinden. Es liegt uns ob, eine nationale Regierung zu konstituiren, welche sich auf der Bahn des Fortschritts zu bewegen weiß, damit die französische Demokratie stehe, wie der Fortschritt ohne Gewaltthätigkeit, die Freiheit ohne Revolution zur Verwirklichung gelangt. (Lebhafte Beifall.)

— Wie es heißt, hat Prinz Pierre Bonaparte mit einem Pistolenkuffe Victor Noire, einen der Redakteure der „Marseillaise“ getödtet, als dieser ihm im Auftrage eines seiner Mitarbeiter eine Herausforderung zum Duell überbrachte.

— In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers gab die Anfrage des Deputirten Gambetta an den Kriegsminister, ob es richtig sei, daß zwei Soldaten wegen ihrer Anwesenheit in Klubversammlungen nach Afrika geschickt seien, zu einem sehr erregten Austritte Veranlassung. Auf die Antwort des Kriegsministers, es sei den Soldaten verboten, von Agenten der Revolution veranstaltete Versammlungen zu besuchen, und er werde die militärische Zucht mit kräftiger Hand aufrecht erhalten, erwiderte Gambetta: Sie haben Furcht vor der Revolution, weil die jetzige Regierung nur Vertretung einer Partei ist. Hierauf erklärte Dillier: Wir dienen der Regierung, welche der gesetzliche Ausdruck des allgemeinen Stimmrechts ist. Gambetta entgegnete: Die Entscheidungen des allgemeinen Stimmrechts sind nicht unänderlich; wir wollen das Volk von der Rednerbühne aus aufklären und nicht zum Aufbruch auffordern. — Die Kammer war in großer Aufregung und nachdem sie noch Favre und Pinaud gehört hatte, beschloß sie zur Tagesordnung überzugehen.

Rom, 8. Januar. Einige der äußersten römischen Fraktion angehörende Mitglieder des Konvikts haben eine Petition an den Papst verfaßt und unterschrieben, welche sich für die Erklärung der persönlichen Unfehlbarkeit des Pappes ausspricht. Man vermutet übrigens nach wie vor, daß der Papp die Frage über die Unfehlbarkeit auf dem Konzil nicht zur Erörterung kommen lassen wird, wenn er einer überwiegenden Stimmenmehrheit nicht gewiß ist. Demgemäß soll es auch beabsichtigt sein, die Petition nur als eine Ehrfurchtsbezeugung entgegenzunehmen.

London, 8. Januar. Wie müssen uns in diesen Tagen des Sturmes auf zahlreiche Hubschiffe von den Küsten gefaßt machen. Schon laufen deren Vorboten ein. Etwas zehn Meilen von Flamborough Head stieß gestern früh bei dunklem Wetter der Schraubendampfer „Black Swan“ mit einem beladenen Schiffe gleicher Gattung zusammen, welches einen wuchtigen Stoß in der Mitte erhielt und binnen wenigen Minuten versank. Unsofort setzte der „Black Swan“ seine Boote aus; Rettung zu bringen war nicht mehr möglich. Das untergegangene Schiff scheint von einem schottischen oder nordenglischen Hafen aus auf der Fahrt nach dem Kontinent gewesen zu sein und wird vermuthlich zwanzig Mann an Bord gehabt haben. Der „Black Swan“ selbst lief gestern übel zugerichtet in den Tyne ein. Nach Plymouth brachte der Schraubendampfer „Gibraltar“ die Mannschaft des Dampfers „Duke“, welche, 13 Köpfe stark, in einem heftigen Sturme am 29. Dezember beim Kap Finisterre das sinkende Schiff verlassen mußte und nach zweitägigem Umhertreiben in den Booten von dem Oldenburger Schooner „Edward“, Kapitän Lubben, aufgenommen wurde. Dieses Schiff, auf der Fahrt von Hamburg nach dem Kongo, gab die Gretteten am 3. d. an den Dampfer „Gibraltar“ ab.

Madrid, 9. Januar. Die Ministerliste ist beendigt. Nivero hat das Ministerium des Innern, Sagasta das der auswärtigen Angelegenheiten, Topete das Marineministerium und Montere Rios das Justizministerium übernommen. Die übrigen Ministerien bleiben unverändert.

— Aus Madrid meldet man, daß Serrano die Absicht habe, seine Entlassung als Regent einzureichen. In mehreren Städten, wie in Alicante, Valencia, Alcoy und Huesca, haben bei Gelegenheit der Wahlen Unruhen stattgefunden. Bedeutende Truppenmassen sind in der letzten Zeit nach Madrid gezogen worden. Man befürchtet noch fortwährend, daß Prim einen Staatsstreich machen wird.

Madrid, 10. Januar. Gestern fand ein große Volksdemonstration gegen den Herzog von Montpensier statt.

Konstantinopel, 10. Januar. Dem Vernehmen nach hat der Vicekönig die Auslieferung der in Marseille für ihn gebauten Panzerschiffe sowie der von der türkischen Regierung reklamirten Schusswaffen hier selbst angezigt. Die Bezüge der Auslieferung entschuldigte der Vicekönig mit dem Auslande der Rechnungen.

Athen, 9. Januar. Der König, begleitet

von Minister Balvittis, ist heute über Corinth nach Santa Moura abgereist, um den beim Erdbeben Verunglückten Hilfe zu bringen.

Wismar.

Stettin, 11. Januar. Ja der gestrigen Generalversammlung des „Stettiner Gartenbau-Vereins“ wurden zunächst die Proben der aus Esfurt verschriebenen größten Papierbütten zur Bedeckung der Pflanzen vorgelegt. — Sodann erstattete Herr Schatzmeister Schmeerbach den Kassenbericht pro 1869; nach demselben betrug die Einnahme einschließlich des am 31. Dezember 1868 auf Höhe von 431 Thlr. 24 Sgr. 8 Pf. verbliebenen Bestandes 693 Thlr. 13 Sgr. 3 Pf., die Ausgabe (einschließlich zinsbar belegten 350 Thlr.) 549 Thlr. 21 Sgr. 5 Pf., so daß also ultimo Dezember 1869 ein Baarbestand von 143 Thlr. 21 Sgr. 10 Pf. verblieben ist. — Der Ausgabe-Etat pro 1870 wurde erl. 20 Thlr. Extraordinarium auf 244 Thlr. festgesetzt. — Bei der hierauf erfolgten Wahl des Vorstandes wurde der bisherige Vorstand wieder- und zum Sekretär Herr Obergärtner Schütz gewählt. Er besteht demnach aus Herren Professor Hering als Vorsitzenden, dem Kaufmann Schmeerbach als Schatzmeister, dem Obergärtner Schütz als Sekretär, den Kunstgärtnern Herren Kochsen, Sterging, Hassner und Dr. Jütte als Beisitzern.

— In der gestrigen Versammlung des „Pommerschen Zweigvereins des Verbandes deutscher Müller und Mühlen-Interessenten“, die nur schwach besucht war, (indem ca. 100 Einladungen von den Interessenten größtentheils wegen des darauf hastenden Bestellgeldes von 6 Pf. zurückgewiesen worden sind), erläuterte der Vorsitzende, Herr G. Hirsch aus Platze, wiederholt die Vortheile, welche den Mitgliedern aus dem Verein erwachsen. Ähnlich sprach sich Herr J. J. van den Wyngaert aus, indem er betonte, daß gemeinsames Handeln besonders dazu geeignet sei, die Interessen der Mitglieder bezüglich der Technik des Gewerbes, die hier noch sehr im Argen liege, zu fördern. Auch sei eine gemeinsame Interessen-Vertretung der Geseßgebung gegenüber höchst wünschenswert. Das Fortbestehen des Zweigvereins aber sei insbesondere notwendig zur Wahrung der Lokal- und Provinzial-Interessen. Es wurde hierauf definitiv die Aufrechterhaltung des pommerschen Zweigvereins beschlossen mit der Maßgabe, daß der Sitz desselben nach Stettin zu verlegen und der jedesmalige Ort der nächsten Zusammenkunft von der jeweiligen Versammlung zu bestimmen sei. Demnach erfolgte die Renwahl folgender 15 Vorstandsmitglieder: Artl-Stettin, Festsell-Stettin, Junter-Vogelsang, Wolff-Lebenow, Hirsch-Platze, Bandler-Torgelow, Ueber-Stargard, Mabluch-Klitzow, Ludw. Schönebeck, Steege-Hammernühle, Wyersdorf-Wierow, Steege-Pasewalk, Streib-Naumschühle, Schulz-Pommernsdorf und Eggert Alt-Damm.

Sodann erhielt das Wort Herr v. d. Wyngaert über „Mahl- und Schlachtsteuer.“ Derselbe sprach sein Erstaunen darüber aus, daß sich Stettin als erste Handelsstadt an der Döse bisher nicht an den gegenwärtigen Agitationen wegen Abschaffung dieser Steuern betheiligt habe und meinte, es sei dies wahrscheinlich die Folge des vor einigen Jahren, vorzüglich auf Betrieb des Vorstehers der Kaufmannschaft, Herrn Kommerzien-Rathes Stahlberg, von der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung gefaßten Beschlusses, die Mahl- und Schlachtsteuer fortbestehen zu lassen, welcher letztere ihm unbegreiflich sei, da Stettin nach Wegfall dieser Steuer doch der erste Exportplatz für Mehl werden müßte. Da nun das Müllergewerbe nur dann seine völlige naturgemäße Entwicklung erreichen könne, wenn aller Ueberschuß an Roggen hier zur Verarbeitung komme, so beantragte er die Beheiligung der Mitglieder an der wegen Abschaffung jener Steuer vom Hauptverbande entworfenen Petition. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und die Petition von sämtlichen Anwesenden sofort vollzogen. — Schließlich nahm Herr C. Artl das Wort zur Verleserstattung über die Vortheile, welche der vom Hauptverbande zu Anfang des Jahres 1868 auf 12 Jahre mit der von ihm vertretenen „Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft“ abgeschlossene Versicherungsvertrag den Mitgliedern gewähre. Er hob dabei besonders hervor, daß die fixirten Maximalbeiträge für die einzelnen Kategorien von Gebäuden bis zum Ablauf des Vertrages von der Gesellschaft nicht erhöht werden dürften. Ergebe sich aber aus dem allem nach Ablauf von drei Jahren den Interessenten vorzulegenden Rechnungsabluß ein Ueberschuß, so erfolge für die nächsten drei Jahre eine Herabsetzung der Prämie um 10 pCt. Herr v. d. Wyngaert, der die aus dem gedachten Vertrage für die Mühlenbesitzer hervorgehenden Vortheile noch weiter ausführte, bemerkte noch, daß man diesen Versicherungsvertrag nicht mit der unheilvollen „Pommerschen Mühlen-Affektanz“ verwechseln möge, die hier so barbarisch gehaust und in ihren Folgen noch haue. — Von der Erledigung des Restes der Tagesordnung wurde wegen vorgerückter Tageszeit Abstand genommen und die Versammlung mit der Bestimmung geschlossen, daß die nächste Versammlung wieder in Stettin stattfinden solle.

— Nach S. 11 des Maßsteuerregulativs vom 1. Dezember 1820 darf der Betrieb einer Brennerei nicht vor der fünften Morgenstunde beginnen. Der Zuwiderhandlung dieser gesetzlichen Vorschrift war der Brenner Schwante zu Friedrichshof angeklagt worden, da ihn der am 27. März v. J. gegen 1/4 Uhr nach der Neustettiner Stadluhr, Neustettin verlassende

Gendarm Schwerin bereits einige Minuten vor 5 Uhr in der Brennerei bei der Einmischung thätig befunden hatte. Da die Uhr des letzteren auf verlangte Vorzeigung des Gendarmen bereits 8 Minuten nach 5 Uhr wies, und der Gendarm die Differenz der beiderseitigen Uhren im Audienztermin konstatirte, wurde die Freisprechung des Angeklagten verhängt, welcher auch das Appellationsgericht beirat, mit Rücksicht darauf, daß erwiesener Maßen die Neustettiner Stadluhr oftmals unrichtig gehe. Gegen diese Entscheidung wendete die Ober-Staatsanwaltschaft das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde an, ausführend, daß nach dem Sonnenstande hätte entschieden werden müssen, welche Zeit es gewesen, als der Gendarm die Brennereiräume betrat. Das Obergericht erachtete jedoch diesen Angriff als gegen die thatsächliche Feststellung der Vorderrichter gerichtet und wies die Beschwerde zurück.

— Die gestern als Veranfaller eines eigenthümlichen Leichentransportes erwähnten beiden Arbeiter Heidefrüger und Klimaschewky sind wegen eines in der vorletzten Nacht verübten Diebstahls einer Kiste mit Farbstoff im Laufe des gestrigen Tages verhaftet worden.

— Während die Frau eines Oberfeuerwehrmannes am letzten Sonnabend den Wochenmarkt besuchte, ließ sie in der Wohnung ihre beiden resp. 3 und 1/4 Jahre alten Kinder, letzteres in der Wiege liegend, ohne weitere Aufsicht zurück. Bei der Rückkehr bot sich derselben ein trauriger Anblick dar, indem sie das jüngste Kind an der Erde liegend, das älteste dagegen unter der umgeworfenen Wiege, zwischen den Betten erstickt, vorfand. Es ist leicht erklärlich, daß das älteste Kind das kleine Kind aus derselben geschleudert und dann selbst unter die umgeworfene Wiege gerathen ist.

Stralsund, 10. Januar. Die bis jetzt von der preussischen und schwedischen Regierung unterhaltene Post-Dampfschiff-Verbindung zwischen Stralsund und Malmö hört mit dem Schluß dieses Jahres auf. In diesen Tagen ist, dem Vernehmen nach, von der Postverwaltung mit dem Konsul Israëli, als Vertreter einer im Entstehen begriffenen Aberei-Gesellschaft, ein Kontrakt auf zehn Jahre vom 1. Januar 1871 ab, wegen Unterhaltung der Post-Dampfschiff-Verbindung zwischen Stralsund und Malmö gegen eine Subvention, abgeschlossen worden. Der Vertrag bedarf zwar zunächst noch der Bestätigung der beiden beteiligten Regierungen, doch dürfte dieselbe schon in den nächsten Tagen erfolgen. Durch die nun wohl als gesichert in Aussicht stehende direkte Bahn zwischen hier und Berlin wird die Frequenz des Verkehrs zwischen Schweden und Deutschland über Stralsund voraussichtlich einen wesentlichen Aufschwung erfahren. — Von hiesigen Geschäftsleuten ist es, wie wir erfahren, zuerst der Ruchereibitzer Heint. Niß gewesen, dessen Gabeltate die Passage durch den Suez-Kanal benutzt haben; jeltiger hat nämlich vor einiger Zeit durch genaunte Passage ca. 100 geräucherte Gänsebrüste nach Hongkong (China) abgefaßt.

Bemerktes.

Petersburg. Am 20. November v. J. wurde hier ein Reisefloßer von gelber Farbe unter der Adresse des Herrn Kozlow in Moskau auf dem Bahnhofe der Nikolabahn abgegeben und mit dem Personenzuge befördert. Da bis zum 2. Januar Niemand in Moskau nach dem Koffer gefragt hatte, wurde derselbe auf eine Forderung der Polizei geöffnet und man fand in demselben den Leichnam eines unbekanntem Mannes, der bereits stark in Verwesung übergegangen war. Nach einem Moskauer Telegramm vom 4. Januar ist der Leichnam, welcher in kleine Stücke zerhackt war, der des Hofraths v. Sahn. Der Ermordete war aus dem adeligen Klub nach dem bekannten „Eborodo“ und von da in das geduldet Etablissement gegangen, welches sich im Hause Swanow im Spasski-Dereulof befindet. Dort ist der Mordmord von mehreren Personen, darunter zwei Mädchen, von denen eines 17 Jahre alt ist, verübt worden. Bei der Theilnehmer an diesem Verbrechen sollen bereits alles gestanden haben.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. Januar. Wetter schön. Wind SW. Temperatur + 5° R.
An der Börse.
Weizen flau, pr. 212 1/2 Bst. loco gelber inländ. ger. 54-56 1/2, mittlere 57-58 1/2, feiner 59 1/2 bis 61 1/2, bunter poln. 55-57 1/2, 83-85 pfd. per Januar 60 1/2, pr. Frühjahr 61 1/2, 61 1/2 bez. n. Bd., pr. Mai-Juni 62 1/2 bez., Juni-Juli 63 1/2 Br. u. Bd.
Roggen flau, pr. 200 Bst. loco ger. 75 bis 76 pfd. 39-39 1/2, 77-79 pfd. 40 1/2-42 1/2, 80 bis 82 pfd. 43-44 1/2, pr. Januar 43 1/2 Br., pr. Frühjahr 43 1/2, 43 1/2 bez., pr. Mai-Juni 44 1/2 bez. n. Bd., Juni-Juli 45 1/2 Br. u. Bd.
Gerste flau, pr. 1750 Bst. loco ger. 33 1/2 bis 35 1/2, mittel 36-37 1/2, feine 38-39 1/2, 70 pfd. pr. Frühjahr 33 1/2 non.
Hafer unverändert, pr. 1800 Bst. loco pommer 25 1/2 bis 26 1/2, preuß. 24 1/2-25 1/2, 47-50 pfd. per Frühjahr 26 1/2, pr. Mai-Juni 27 1/2.
Erbsen pr. 2250 Bst. loco Futter- 43 1/2 bis 45 1/2, Koch- 46-47 1/2, pr. Frühjahr 46 1/2 Br.
Wicken pr. 2250 Bst. loco 40-45 1/2 nach Dual.
Wintererbsen pr. 1800 Bst. September-Oktbr. 90 1/2 Bd.
Rübsöl fest, loco 1 1/2 1/2 Br., Januar 12 1/2 1/2 bez. n. Bd., 1/4 Bd., Februar-März 12 1/2 1/2 Bd., April-Mai 12 1/2 1/2 Bd., 12 1/2 Br., Sept.-Oktbr. 11 1/2 1/2 Br., 1/2 Bd.
Spiritus matter, loco ohne Faß 14 1/2, 1/4 bez., pr. Januar-Februar 14 1/2, Br., Frühjahr 14 1/2, Bd., 1/4 Br., Mai-Juni 15 1/2 Bd.
Regulirungs-Preise: Weizen 60 1/2, Roggen 43, Rübsöl 12 1/2, Spiritus 14 1/2.

1 Gastwirthschaft 2. Klasse in Straßburg, welche seit 50 Jahren mit gutem Erfolg betrieben, ist zum 1. April 1870 zu verpachten. Näheres daselbst bei **A. Praegel**.

Eine

Zündwaaren-Fabrik

im besten Betriebe mit vorzüglicher Kundschafft, soll nebst Wohnhaus und Lagergebäude Umständen halber unter sehr günstigen Bedingungen verkauft werden. Näheres Auskunft erteilt auf frankirte Anfragen **A. Molling** in Hannover.

Geschäfts-Gründung.

Hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich ein zweites **Materialwaaren-Geschäft**

verbunden mit **Bier- und Wein-Stube**

unter meiner Firma in der **Albrechtstraße 3a**

etabliert u. mit dem heutigen Tage eröffnet habe, welches ich insbesondere den geehrten Bewohnern der Altstadt unter Zusicherung reeller und prompter Bedienung angelegentlich empfehle, mit dem Bemerkten, daß ich, wie in meinem Geschäfte in der Mönchenstraße, alle gangbaren Artikel führe und nur solche Preise stelle.

Hochachtungsvoll

Carl Gallert.

Jedem Land- und Ackerwirth großen Nutzen bringende Sämereien:

1. Engl. Futterrüben-Saamen für Land- und Ackerwirth.

Diese Rüben, die schönsten und ertragreichsten von allen jetzt bekannten Futterrüben, werden 1 bis 3 Fuß im Umfange groß, und 5, ja 10-15 Pfund schwer, ohne Bearbeitung, denn sie verlangen weder das Hacken noch das Häufen, da nur die Wurzeln in der Erde wachsen, die Rübe aber wie ein Kohlstopf über der Erde steht. Das Fleisch dieser Rüben ist dunkelgelb, die Schale kirschbraun, mit großen saftreichen Blättern. Die erste Ausfaat geschieht, sobald es die Bitterung erlaubt, Anfangs März oder im April. Die Ernte ist Johann im Juli, so daß dieser Acker zum zweiten Male mit derselben Rübe bestellt werden kann. Vorzüglich kann man dann die Rüben noch anbauen, wenn man die ersten Vorfrüchte herunter genommen hat, z. B. nach Grünfutter, Frühlingstrostoffeln, Raps, Lein und Roggen. Geht die letzte Ausfaat in Roggenstoppel und bis Mitte August, so kann man mit Bestimmtheit einen großen Ertrag erwarten und mehrere hundert Wispel anbauen.

Auch wird der Versuch lehren, daß dieser Rübenbau zehnmal besser ist, als der Runkel- und Wasserrüben-Anbau, da nach der Rübenfütterung Milch und Butter einen feinen Geschmack erhalten, was bei Wasserrüben niemals der Fall ist, auch als Mastfütterung nimmt diese Rübe die erste Stelle ein. Das Pfund Saamen von der großen Sorte kostet 2 Thlr. und werden damit 2 Morgen besät. Der Ertrag ist pro Morgen ca. 230-260 Scheffel. Mittelsorte 1 Thlr. Unter 1/4 Pfund wird nicht verkauft.

2) Bockharasser Riesen-Sonig-Klee (ächte Original-Saat).

Dieser Klee gedeiht und wächst auf jedem Boden ganz vorzüglich. Er wird, sobald offenes Wetter eintritt, gesät und liefert auch im ersten Jahre bei zeitiger Ausfaat selbst auf geringem Boden 3-4, auf gutem sogar 5 Schnitte. Auch kann man denselben unter Gerste und Hafer säen; mit letzterem zusammen geschitten, giebt er ein herrliches Futter für Pferde. Soll der Klee als Grün- oder Trockenfutter verwendet werden, ist allmonatliches Abmähen bei einer Höhe von 1/2 Ellen nöthig, da die zarten Blätter und Stengel dem Vieh mehr zusagen. Will man jedoch den Klee vorzüglich des Saamens wegen anbauen, so lasse man ihn fortwachsen. Er blüht von Ende Mai bis August ungewöhnlich reich und wird häufig von Bienen besucht. Blüthen und Blätter sind der feinste Waldmeihergeruch eigen. Das erste Futter des zweiten Jahres giebt es im April. Der Ertrag ist ein ungemein reichlicher und empfiehlt sich vorzugsweise dieser Bockharasser Riesen-Sonig-Klee zum Anbau, mehr als jede andere Kleeart, weil er schneller und höher wächst und einen feinen Geschmack hat. Der Morgen liefert an 600 Ctr. grünes Futter und ist der Klee seines großen Futterreichtums wegen ganz besonders für Milchkühe und Schafvieh zu empfehlen. Vollfaat pro Morgen 12 Pfd. Das Pfund Saamen kostet 1 Thlr. Unter 1/4 Pfund wird nicht abzugeben.

3) Schottischer Riesen-Turnip-Runkelrüben-Saamen (veredelt und doppelt gereinigt).

Diese Rüben werden 18-22 Pfund schwer, haben gelbes Fleisch und große saftreiche Blätter. Ausfaat pro Morgen 3 Pfund, das Pfund kostet 10 Sgr. Ertrag pro Morgen 450 Ctr.

Es offerirt diese Saamen

Ferdinand Bieck in Schwedt a. O.

Frankirte Aufträge werden mit umgehender Post expedirt, und wo der Betrag nicht beigefügt, wird solcher per Postvorschuß entnommen.

Eisenbahnschienen

und eiserne Träger zu Damwedden in allen Längen und Höhen billigt bei **Wilh. Dreyer, Breitestr. 20.**

Wichtig für die Herren Prinzipale.

Das Comtoir von M. Lichtenstein, N. Oberstraße 10, empfindet sich zu Beschaffung von Inspektoren, Verwaltern, Gouvernanten, Wirthschafterinnen, Commis etc. gratis für die Herren Prinzipale zu placiren. Zudem ich die gewissenhafteste prompteste Bedienung zusichere bitte ich um geneigte Aufträge.

Ergebenst **M. Lichtenstein, N. Oberstr. 10.**

Quartal 13 Sgr. **Witzblatt der Welt.** Quartal 13 Sgr.

Illig, brillantes und reichhaltiges

Industrieller Humorist. Verlag von J. Hollander in Hamburg.

Wöchentlich 1 Bogen in gr. Octav mit jährlich ca. 1000 künstlerisch angelegten Original-Illustrationen.

Quartal 13 Sgr.

Abonnements werden ohne Aufschlag von allen Buchhandlungen und Postämtern prompt befohl.

Allen Landwirthen angelegentlich empfohlen!

Das in Berlin wöchentlich 1 mal in 2 Bogen Folio erscheinende **Praktische Wochenblatt, Allgemeine deutsche landwirthschaftliche Zeitung, Redakteur: Karl Stein,**

hat am 1. Januar seinen 35. Jahrgang begonnen: Die Tendenz der vorzüglichen Zeitschrift ist eine stark vorherrschend praktische. Die Leser werden stets von allen neuen Erfahrungen und Erfindungen auf dem Gebiete der Landwirthschaft in Kenntniß gesetzt, in so weit sie wirklich praktischen Werth haben, Nutzen verheißend oder Schaden abwenden können. Zahlreiche Mitarbeiter aus allen Gegenden Deutschlands unterstützen die überall als vortrefflich bekannte Redaktion. — Vom 1. Januar ab wird das Praktische Wochenblatt aber auch den volkswirthschaftlichen Fragen, so weit sie die Landwirthschaft und die Interessen der Landwirthschaft betreffen, ihre Spalten öffnen. Wir laden alle Landwirthschaft zum Abonnement auf unsere Zeitung recht dringend ein und sehen recht zahlreichen Bestellungen entgegen, indem wir versprechen,

daß das Praktische Wochenblatt ein Central-Organ für die Interessen der gesammten deutschen Landwirthschaft sein soll und diese nach jeder Richtung hin vertreten wird. Beiträge, welche entweder die praktische Landwirthschaft, oder volkswirthschaftliche Fragen, in so weit sie die Landwirthschaft betreffen, behandeln, sind uns jeder Zeit willkommen.

Preis pro Quartal durch den Buchhandel 25 Sgr., durch die Post 1 Thlr., bei frankirter Einlieferung von 1 Thlr. an die Expedition des Prakt. Wochenblatts (D. Voelckow) Berlin, Dorotheenstr. 28, erfolgt direkte frankirte Zustellung stets gleich nach Erscheinen der Nummern.

Berlin, Dorotheenstr. 28. Die Expedition des Praktischen Wochenblatts.

NB. Das Praktische Wochenblatt ist im Preis-Courant der Zeitungen etc. 1870, Seite 60, Nr. 745 verzeichnet. Dies zur Orientirung für die Herren Postbeamten.

Inserate, die Petitzeile 2 Sgr., von größter Wirksamkeit!

Epileptische Krämpfe (Zallsucht) heilt brieflich der Specialarzt für Epilepsie Doktor **O. Kiliusch** in Berlin, Mittelstraße 6. — Bereits über Hundert geheilt.

Echter hellbrauner Dorsch-Leberthran (Oleum jecoris aselli), zubereitet zum medicinischen Gebrauch auf den Loffoden-Inseln und vor Füllung chemisch geprüft von **Dr. L. J. de Jongh.** Mitglied der medicinischen Facultät in S'Haag, correspondirendem Mitglied der Societé medicopraticque zu Paris etc. etc.

Dieser bereits seit länger als zwanzig Jahren in Deutschland Frankreich, England und Russland zur Anwendung kommende Leberthran wird durch sorgfältige Einsammlung und Ausscheidung von Dorschfischen gewonnen. Bei seiner Zubereitung unterliegt er durchaus keinem chemischen Reinigungsproceß, befindet sich vielmehr ganz in dem ungeschwächt primitiven Zustande, wie er aus der Hand der Natur hervorgeht, und zeichnet sich daher vor allen anderen Thranarten durch einen überwiegenden Gehalt an heilkräftigen Ingredienzen aus, vermöge deren er nicht allein in der Anwendung bedeutend wirksamer und zuverlässiger ist, sondern auch durch viel kleinere Mengen in viel kürzerer Zeit zum Heilziele führt, zumal er die anerkannte seltene Eigenschaft besitzt, leicht vertragen und gut verdaulich zu werden. Mit Rücksicht auf diese höchst wichtigen therapeutischen Vorzüge erweist sich der **Dr. de Jongh'sche hellbraune Dorsch-Leberthran im Gebrauch billiger**, als die sogenannten blanken oder gereinigten Sorten, während er sich noch dem gewöhnlichen ungerinigten Thran durch den ihm eigenthümlichen **besseren Geschmack und Geruch** unterscheidet, welche dem Patienten die Anwendung besonders erleichtern.

In **Original-Flaschen**, deren Etiquetten mit Stempel und Namensunterschrift des Dr. de Jongh versehen sind und deren Enveloppen zum Schutze gegen Verfälschungen den gesetzlich deponirten Namenszug des Unterzeichneten tragen, ist der **Dr. de Jongh'sche hellbraune Dorsch-Leberthran** echt zu beziehen aus dem **Haupt-Depot für den deutschen Zollverein und die Schweiz** bei **J. W. Becker in Emmerich am Rhein,** sowie unter anderen in **Stettin bei Ferd. Keller,** in **Greifswald bei Herm. Ritterbusch.** Soliden Geschäftshäusern solcher Orte, an welchen noch keine Niederlagen errichtet sind, wird der Verkauf unter vortheilhaften Bedingungen auf Verlangen übertragen.

Zungenleiden. Schwächezustände.

Radikale Heilung dieser Krankheiten nach Prof. **D. Sampson's** Methode mittelst der schon v. **A. v. Humboldt** in **f. Kosmos** empfohl. **Coca**, deren wunderbare Heilkräfte stets alle Süd-Amerika-Reisenden begeisterten. **Dr. Sampson** erzielt nach gründlichsten Studien mit **f. Coca-Pillen I.** die glänzendsten Resultate bei **Brustleiden**, selbst in vorgefchr. Stadien, (mit **f. Coca-Pillen II.** bei den heftigsten Unterleibsstörungen) und mit seinen **Coca-Pillen III.** die auffallendsten Kräftigungen bei geschwächten **Nervensystem.** Näheres f. Broschüre gratis d. d. Mohren-Apothek in Mainz sico.

Bermiethungen. Frauenstr. 5 ist die Parterre-Wohnung zum 1. April cr. an stille Bewohner (ohne kleine Kinder) durch **Volgt, 1. Tr. hoch z. v.**

Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche. Auf dem Gute Bresow bei Pribbernow (Poststation) im Kreise Cammin in Pommern, wird zu Marien d. J. ein Lehrling der Landwirthschaft gesucht, der des Schreibens und Rechnens fähig ist. Näheres auf portofreie Anfragen. Bresow, den 5. Januar 1870. **Häckbarth, Guts-Administrator.**

Schriftseher-Gesuch. Zum sofortigen Antritt mehrere tüchtige Setzer in dauernde Kondition. Berechnung pro 1000 = 2 1/2 Sgr. netto. Reisegeld wird vergütet. **Bühning, Pinther & Curtze** in Hannover.

Geschäfts-Verlegung Meinen Freunden und Gönner, sowie meiner geehrten Nachbarschaft mache ich die ergebene Anzeige, daß ich mein Restaurations-, Wein- und Bier-Lokal von der Hofmarktstraße 13 nach der **großen Domstraße 18** verlegt habe und bitte mich auch hier mit Ihrem Besuche zu beehren.

Ein vorzügliches Bairisch Doppelbier wird für 1 1/2 Sgr. gezapft. Warme und kalte Küche zu jeder Tageszeit in größter Auswahl. Gleichzeitig empfehle ich meinen anerkannt guten Mittagstisch, a Couvert 7 1/2 Sgr. incl. Getränk. NB. Es ist ein ganz neues höchst elegantes franz. Billard aufgestellt, was ich zum gefälligen Gebrauch empfohlen halte.

Ergebenst **H. Spielvogel.**

Variété-Theater. Dienstag, den 11. Januar. **Heydemann und Sohn.** Lebensbild mit Gesang und Tanz in 7 Bildern von Hugo Müller und Emil Pohl. Musik von R. Bial. Mittwoch, den 12. Januar. **Königin Margot** und **die Hugenotten.** Dramatisches Gemälde in 2 Abtheilungen und 5 Akten.

Stettiner Stadt-Theater. Dienstag, den 11. Januar 1870. **Die Hochzeit des Figaro.** Komische Oper in 4 Akten von Mozart. Mittwoch, den 12. Januar. **Comont.** Tragödie in 5 Akten von W. v. Goethe. Musik von Ludwig van Beethoven.

Abgang und Ankunft der Bahnzüge.

Abgang. nach Berlin: I. 6 u. 30 M. Morg. II. 12 u. 15 M. Mittags. III. 3 u. 51 M. Nachm. (Courierzug) IV. 6 u. 30 M. Abends. nach Stargard: I. 6 u. 5 M. Morg. II. 9 u. 55 M. Vorm. (Anschluß nach Kreuz, Breslau, Königsberg, Frankfurt a. O.) III. 11 u. 35 M. Vorm. IV. 5 u. 17 M. Nachm. V. 8 u. 16 M. Abends (Anschluß an die Züge bei II.) VI. 11 u. 3 M. Nachts. In Altamann Bahnhof schließen sich folgende Personen-Posten an: an Zug II. nach Pyritz und Rangard, an Zug IV. nach Gollnow, an Zug VI. nach Pyritz, Bahn, Swinemünde, Cammin und Treptow a. N. nach Cöslin und Colberg, Sto. p. (per Stargard): I. 6 u. 5 M. Vorm. II. 11 u. 35 M. Vorm. (Courierzug). III. 5 u. 17 M. Nachm. nach Pasewalk, Stralsund und Wolgast: I. 6 u. 55 M. Morg. II. 10 u. 45 M. Vorm. (Anschluß nach Prenzlau). III. 7 u. 55 M. Abends. nach Pasewalk u. Stralsund: I. 8 u. 45 M. Morgens. II. 3 u. 57 M. Nachm. (Anschl. nach Hamburg. (Anschluß an den Courierzug nach Hageno und Hamburg; Anschluß nach Prenzlau). III. 7 u. 55 M. Ab. Ankunft. von Berlin: I. 9 u. 45 M. Morg. II. 11 u. 26 M. Vorm. (Courierzug). III. 4 u. 52 M. Nachm. IV. 10 u. 58 M. Abends. von Stargard: I. 6 u. 18 M. Morg. II. 8 u. 25 M. Morg. (Anschluß von Kreuz, Breslau, Königsberg, Frankfurt). III. 11 u. 34 M. Vorm. IV. 3 u. 45 M. Nachm. (Courierzug). V. 6 u. 17 M. Nachm. (Anschluß von Kreuz, Breslau, Königsberg, Frankfurt a. O.) VI. 10 u. 40 M. Abends. Anschl. von Kreuz (Breslau). von Cöslin und Colberg: I. 11 u. 34 M. Vorm. II. 3 u. 45 M. Nachmittags (Eilzug). III. 10 u. 40 M. Abends. von Stralsund, Wolgast und Pasewalk: I. 9 u. 30 M. Morg. II. 4 u. 37 Min. Nachm. (Eilzug). III. 10 u. 25 M. Abends. von Stralsund und Pasewalk: I. 9 u. 30 M. Vorm. (Anschluß von Neubrandenburg). II. 1 u. 8 M. Nachm. (Anschluß von Hamburg). III. 7 u. 22 M. (Abends Anschluß von Hamburg).